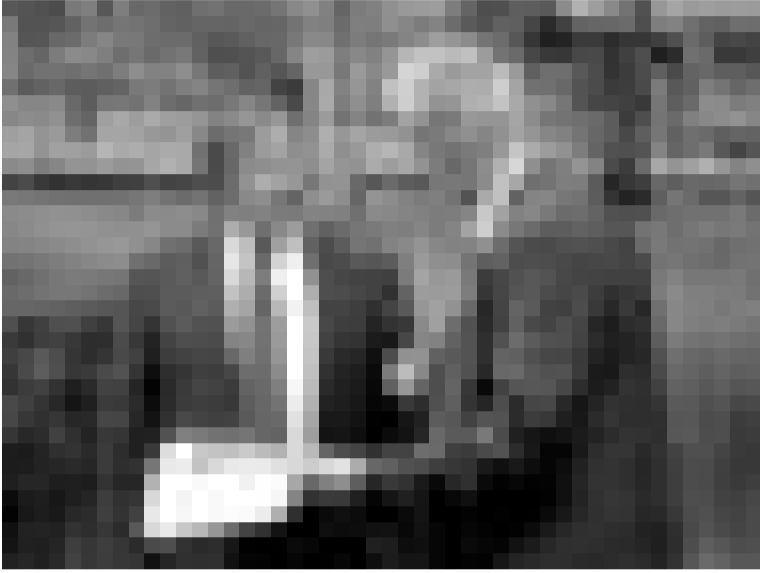


## ALKOHOLMISSBRAUCH

# Die heimliche Droge



Wohin mit dem neuen Pavillon? CTU-Direktor und Gesundheitsminister inspizieren den möglichen Standort. (foto: woxx)

## Nach dem Tabak wird jetzt der Alkohol enttabuisiert.

"Ich erkläre dem Alkohol nicht den Krieg", so der Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo am letzten Mittwoch anlässlich einer Pressekonferenz im Alkoholtherapiezentrum in Useldingen, "aber ich will, dass wir den Alkoholkonsum auch mit Blick auf die junge Generation nicht weiter bagatellisieren".

Das "Centre Thérapeutique d'Useldange" (CTU) ist eigentlich eine Unterabteilung des "Centre de Neuro-Psychiatrie" in Ettelbruck, es funktioniert allerdings seit seiner Gründung im Jahre 1978 autonom. Bei seiner Besichtigung unterstrich deshalb Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo den modellhaften Charakter des Useldinger Therapiezentrums. Dieses bietet jährlich etwa 140 Männern und 40 Frauen die Möglichkeit, sich einer Therapie zu unterziehen, um sich von der Alkohol- und spezifischer Arzneimittelabhängigkeiten zu befreien. Dabei übernimmt das CTU den Part der langfristigen Therapie, während der eigentliche Alkoholentzug vorher, in der Regel in Akutspitälern, stattfindet.

Mitbegründer und derzeitiger Direktor des CTU ist der Psychologe Paul Neuberger, der im Laufe der fast 30jährigen Geschichte des Zentrums nicht nur so manche Erweiterung, sondern auch eine Verlagerung der Therapie-

schwerpunkte erlebte. 3.576 Männer und 737 Frauen haben bislang in Useldingen eine Therapie absolviert.

Eine vor einigen Jahren durchgeführte Erhebung zeigte, dass von 769 betreuten PatientInnen 30 Prozent nach sieben Jahren vollkommen abstinent geblieben waren. Bei etwa einem Drittel war es zu einem Rückfall gekommen, der aber nicht dauerhaft war und ambulant aufgefangen werden konnte. Das letzte Drittel war dauerhaft rückfällig geworden war und musste sich in der Regel einer zweiten Kur unterziehen. "Glücklicherweise sind die meisten dieser Fälle nicht tragisch. Die Leute die rückfällig wurden, waren nicht soweit agestürzt wie beim ersten Mal, bei dem die Alkoholkrankheit oft verbunden war mit dem Verlust der Arbeitsstelle oder sogar der Wohnung", meint Paul Neuberger auf Nachfrage der woxx. Gerade die sozialen Probleme, die mit der Alkoholsucht einhergehen, haben sich aufgrund der wirtschaftlichen Umstände verschärft. "Früher war unser 'Fallbeispiel' der Stahlarbeiter, der nach abgeschlossener Kur in sein gewohntes Arbeitsumfeld zurückkehrte. Heute reicht unsere Arbeit sehr viel weiter, weil wir den Leuten auch Hilfestellung geben müssen, sich in anderen Arbeits- und Wohnverhältnissen zurechtzufinden", so der CTU-Direktor.

Auch die Alterstruktur der PatientInnen hat sich gewandelt. Bei den Männern gibt es eine leichte Absenkung des Durchschnittsalters, das jetzt bei 40 Jahren liegt. Als Ursache hierfür nennt Paul Neuberger den Zuwachs an jüngeren Alkoholkranken, die zu großen Teilen aus der klassischen Drogenszene stammen und auf Alkohol als legale Ersatzdroge umsatteln. Bei den Frauen gibt es einerseits viele jüngere Patientinnen mit einem Durchschnittsalter von 35 Jahren. Daneben findet sich eine auffallend hohe Zahl älterer Frauen, um die 50. Nach dem Wegzug der Kinder oder dem Verlust des Ehepartners, geraten Frauen viel öfter als die Männer in eine Vereinsamung. Sie weisen auch die Tendenz auf, zu stärkeren Alkoholika zu greifen und sehr viel schneller vom Alkohol abhängig zu werden.

## Krankheit oft nicht erkannt

Trotz der Therapiererfolge scheint im Vergleich zur Dunkelziffer von rund 15.000 Alkoholkranken in ganz Luxemburg die Aufnahmekapazität in Useldingen eher bescheiden. Für Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo ist es dennoch nicht verwunderlich, dass die Wartezeit für PatientInnen, die sich im CTU einer freiwilligen Therapie unterziehen wollen, in der Regel nur 10 Tage beträgt: "Wir dürfen das Problem nicht nur über feste Strukturen angehen. Die Dezentralisierungsstudie zeigt, wie wichtig es ist, ein Netzwerk aufzubauen, das die Hausärzte, die Psychotherapeuten und die Akutspitäler mit einbezieht." Der Minister weist auch den Vorwurf

von sich, er sehe zu, wie sich die Inanspruchnahme von Therapien teilweise ins Ausland verlagert. Es mache wenig Sinn, bestimmte erfolgreiche Therapieformen, die es im Ausland gibt, auf Luxemburg zu übertragen, wenn es dafür nicht genügend PatientInnen gibt.

Für Paul Neuberger ist das Problem auch weniger der Gang ins Ausland, als die falsche Vorgabe, wegen derer einige AlkoholpatientInnen sich dort behandeln lassen: "Da wird oft das Deckmäntelchen einer psychosomatischen Krankheit benutzt, um in eine Therapie hineinzufinden, die sich für die Alkoholkrankheit überhaupt nicht eignet."

Das CTU plant jetzt einen zusätzlichen Pavillon, der zwölf Therapieplätze für sogenannte "Combi"-PatientInnen schafft. Eine kombinierte Therapie wird es erlauben, PatientInnen zu betreuen, die ansonsten ihrer normalen Beschäftigung in Beruf oder Familie nachgehen können und entsprechend einem individualisierten Zeitplan ins Therapiezentrum kommen.

Neben diesem neuen Angebot sieht der Gesundheitsminister noch zwei weitere Mittel, wie in Zukunft mit dem tabuisierten Problem der Alkoholkrankheit umgegangen werden soll: Einerseits soll im Bereich der Arbeitsmedizin ein stärkeres Bewusstsein für die Krankheit Alkoholabhängigkeit geschaffen werden. Auch wenn es keine rezenten und detaillierten Zahlen hierzu für Luxemburg gebe, so sei auch der volkswirtschaftliche Schaden, zum Beispiel was die Ausfallzeiten anbelangt, beträchtlich.

Eine weitere wichtige Etappe in der Bekämpfung der Alkoholsucht sieht Mars di Bartolomeo im Bereich der Jugendlichen. Genau wie beim Tabak soll der Verkauf von alkoholischen Getränken an unter 16-jährige generell verboten werden. Bislang ist es nur in Gaststätten verboten, Alkohol an Jugendliche auszuschenken. Der Verkauf in Lebensmittelläden oder Tankstellen unterliegt keinerlei Beschränkungen.

Besonders ärgerlich für den Gesundheitspolitiker Di Bartolomeo sind die so genannten "Alcopops" oder Alkoholmischgetränke, die in den letzten Jahren auf den Markt gekommen sind: "Bis jetzt konnte mir noch kein Produzent von solchen Getränken plausibel machen, dass sie nicht gezielt für Jugendliche hergestellt werden", verteidigt Mars di Bartolomeo das Vorhaben der Regierung, die Alcopops stark zu taxieren, damit diese für gefährdete Jugendliche weniger erschwinglich werden.

In Deutschland ist ein solches Unterfangen bislang am Widerstand der Produzentenlobby gescheitert. Glück für den Gesundheitsminister: In Luxemburg wird zwar oft zu den Getränken, "die wie Limonade schmecken", gegriffen - produziert werden sie aber in der Regel jenseits der Grenze.

Richard Graf

## MON 863 - Mort aux rats

La Commission européenne a autorisé l'importation dans l'Union européenne du maïs génétiquement modifié MON 863. Produit par le géant américain des biotechnologies Monsanto, ce maïs est destiné à être transformé en aliments pour animaux. Encore en juin de cette année, le Conseil des ministres de l'agriculture avait été divisé sur la demande d'autorisation pour ce maïs transgénique. 14 pays sur 25 avaient été opposés à la mise sur le marché du maïs MON 863. En cas de blocage du Conseil des ministres et d'absence d'une majorité qualifiée, il appartient à la Commission de Bruxelles de prendre la décision finale après trois mois. Le dossier du maïs Monsanto est particulièrement controversé. Le maïs MON 863 a été doté par Monsanto d'un poison qui protège la plante contre un ver qui s'attaque à ses racines. Greenpeace affirme que le maïs transgénique Monsanto a provoqué des effets négatifs sur la santé de rats de laboratoire lors d'expériences scientifiques. Le ministre de l'environnement, Lucien Lux, "regrette profondément" dans un communiqué de presse la décision de mise sur le marché de la Commission européenne. Lux souhaiterait aussi voir appliqué davantage "les principes de précaution et de subsidiarité" en matière d'OGM. La Commission européenne estime pour sa part que le MON 863 est "aussi sûr que les maïs traditionnels".

## Tous des administrés spécifiques

Protéger les droits des salarié-e-s n'est pas dans l'intérêt général. C'est du moins ce que semble dire le ministre du Travail François Biltgen dans sa réponse à une question parlementaire de la députée Vera Spautz. Celle-ci avait repris une information du syndicat OGBL-Acal sur une société de transports routiers qui violerait le droit du travail. Plus particulièrement, la société déduirait du salaire des chauffeurs les coûts liés à des retards de livraison ou à une consommation de carburant jugée trop élevée. Le ministre du Travail répond qu'il a chargé l'Inspection du Travail de mener une enquête sur l'affaire en question. Mais il ne donne pas de détails, pour ne pas perturber la suite de l'enquête et en vertu de la protection des données individuelles. Surtout, le ministre insiste sur le fait que la question parlementaire ne concernerait pas l'intérêt général, mais "un administré spécifique". Même si un seul chauffeur a été victime, pour le moment, des dispositions prises par la société de transport, cela ne suffit pas pour en faire une affaire "à finalité strictement individuelle", comme le prétend le ministre. Quelle drôle de conception de l'intérêt général!

## Non de gauche, non de droite

Ce n'est pas une surprise: un certain nombre de personnes actives dans le Comité pour le Non à la Constitution européenne réapparaissent comme candidat-e-s sur les listes de "Déi Lénk". D'autres restent fidèles à un engagement "citoyen", en dehors des partis, à travers des structures comme le Forum social luxembourgeois ou Attac. Deux partisans du Non ayant fait bande à part dans leurs partis respectifs, Nico Wennmacher et Jean Huss, se retrouvent sur des listes du LSAP et des Verts.

Seule ombre au tableau d'un Non qui se voulait de gauche: la candidature de Marc Thill sur la liste ADR pour la ville de Luxembourg. Membre du Comité pour le Non, il avait fait plusieurs interventions remarquées lors de débats publics. Ceux qui ont milité avec lui affirment que ce ralliement n'est pas vraiment une surprise. Cette nouvelle peut être vue comme la confirmation que le comité était infecté par le virus du populisme de droite. Or, ce sont principalement les interventions de Marc Thill qui avaient donné lieu à ce type de reproche. En ce sens, on peut aussi considérer que les autres membres du comité se trouvent blanchis du soupçon d'avoir joué la carte du populisme de droite. Mais pas de celui d'avoir cultivé des liaisons dangereuses.

